

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 5

Artikel: Solidarität ist keine Einbahnstrasse
Autor: Matthiesen, Klaus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339721>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

moiren von NS-Größen veröffentlicht werden und der unlängst die Memoiren des Massenmörders Adolf Eichmann ankündigte. In diesem Buch hat Eichmann angeblich alle früheren Erklärungen widerrufen, die er vor seiner Hinrichtung in Israel zu Protokoll gab. Seiner würdig

erweist sich auch Studiendirektor Hans Jürgen Witzsch in Nürnberg, nebenbei CSU-Stadtrat in Fürth. Die Ursache des Zweiten Weltkrieges führt er auf englische Kriegshetze gegenüber dem friedlichen Hitlerstaat zurück, und die Ermordung von Juden bezeichnet er als böse Propa-

ganda. Seinen Schülern redet er ein, die Gaskammern seien erst nach Kriegsende gebaut worden. Solange derartige Nazipropagandisten im Staatsdienst tätig sein dürfen, wirkt jeder Prozess gegen kaum volljährige Opfer solcher Propaganda wie übler Zynismus...

Klaus Matthiesen

Solidarität ist keine Einbahnstrasse

Zerreissprobe auch in der norddeutschen SPD. Der Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Klaus Matthiesen, wird sich 1983 kein drittes Mal mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung stellen. Grund: der Kampf um das Atomkraftwerk Brokdorf. Im folgenden schildert er die Beweggründe für seinen Entschluss.

Ich habe immer zu denen gehört, die Bundesregierung und Bundeskanzler in Schutz genommen haben vor einer Kritik, die ihre Politik lediglich mit dem Massstab des Wünschbaren beurteilt, ohne Verständnis für die Schwierigkeiten, dass Wünschbares erst politisch möglich gemacht werden muss. Ich habe in Schleswig-Holstein um Verständnis dafür geworben, wenn politische Beschlüsse in Bonn auch ökonomischen, aussenpolitischen oder koalitionspolitischen Zwängen unterlegen waren.

Ich war und bleibe ein Verfechter des verantwortlichen Kompromisses. Der Bau von Brokdorf ist keiner. In der Politik muss man vorsichtig umgehen mit moralischen Wertungen.

Aber es muss in der Politik noch möglich sein, für sich selbst die Marken festzulegen, an denen man zu bestimmten Entwicklungen

nein sagen können muss – und es auch tut.

Ich hoffe, dass es noch Nachdenklichkeit erzeugen kann, sich selbst und seine politischen-persönlichen Ziele in Sachentscheidungen einzubringen. Ich habe in bezug auf Brokdorf keine taktische Drohgebärde bezogen. Nach meiner Meinung wäre sie auch wirkungslos gewesen. Aber meine Erklärung, 1983 nicht wieder Spitzenkandidat der SPD sein zu wollen, mag doch ein Zeichen setzen.

Erstes Signal für uns alle, auf dem nächsten Bundesparteitag 1982 eine Mehrheit für den Ausstieg aus dem sonst zu erwartenden massiven Einstieg in die Kerntechnologie zu gewinnen und damit 1983 als einheitliche Partei in den Landtagswahlkampf zu gehen. Ich will durch meine Entscheidung mithelfen, dass die Sozialdemokraten im ganzen Bundesgebiet sich der mit Brokdorf verbundenen

Frage nach unserem energiepolitischen Weg stellen und sich die Bundesregierung, Bundeskanzler, der Parteivorstand mit der Frage beschäftigen müssen, welchen Weg wir gehen sollen und können, was wir uns und der Gesellschaft aufbürden dürfen und was nicht. Die Partei ist gefordert, diese Debatte zu führen, wenn der Berliner Konsens (Kohle – statt Atomkraft zu fördern. Die Red.) durch praktisches Handeln aufgekündigt wird.

Positionen müssen bezogen werden, auch mit dem Ziel, dass Sozialdemokraten die für unsere Industriegesellschaft überlebensnotwendige Neuorientierung unserer Politik vornehmen – weg von Zerstörungsmentalität und Verschwendungswirtschaft, hin zu einer bewahrenden Gleichgewichtswirtschaft.

Meine Entscheidung, mich nicht mehr für eine Spitzenkandidatur zur Verfügung zu stellen, hat auch persönliche Gründe: Ich will und kann nach der Art und Weise, wie die Bundesregierung über bundeseigene Unternehmen mit der Landesregierung zusammengearbeitet hat bzw. zusammenarbeiten will, obwohl sie wusste, welche Bedeutung Brokdorf für uns schleswig-holsteinische Sozialdemokraten und ganz besonders für mich hat, auch persönliche Konsequenzen ziehen, schon allein aus Selbstachtung.

Wer wie ich in schwierigen Situationen dafür geworben hat, die alte Sozialdemokratie und die organisierte Arbeitnehmerschaft mit den neuen Mitgliedern, die die ökonomische Herausforderung an die Politik in die SPD hineingetragen haben, zu versöhnen und zu praktisch durchführbaren Kompromissen zu führen – und schliesslich ist davon auch der Wahlerfolg des Bundeskanzlers abhängig –, wer dies getan hat, hätte vielleicht zumindest den Anspruch gehabt, dass eine offene energiepolitische Koalition zwischen Bundesregierung und CDU-Landesregierung unterbleibt und sich die Bundesregierung nicht als energiepolitischer Nothelfer für Stoltenberg betätigt. Solidarität ist keine Einbahnstrasse.

Blick in die Zeit- schriften

Sicher werden auch die nächsten Jahre geprägt sein von internationalen Abrüstungsdebatten. Im Rahmen eines Interviews behandelt die in München erscheinende linke kulturpolitische Vierteljahresschrift *kürbiskern* den letzten Nachrüstungsbeschluss der Nato. Gesprächspartner sind ein Redaktor der Zeitschrift, Friedrich Hitzer, und der Bundeswehrgeneral a. D. Gert Bastian. Dieses Interview, das viele Denkanstösse gibt, verdient die Aufmerksamkeit einer grösseren Leserschaft. Es offenbart die Fragwürdigkeit weiterer atomarer Aufrüstung. Bastian stellt unter anderem fest, dass das klassische Ziel bei der

konventionellen Rüstung darin besteht, sich fähig zu machen, einen Krieg zu führen und wenn möglich zu gewinnen. «In der nuklearen Rüstung ist eine ähnliche Zielsetzung einfach idiotisch. Denn bei der nuklearen Rüstung kann es nicht darum gehen, mit Nuklearwaffen, die man sich zulegt, Krieg führen oder gewinnen zu wollen. Das verbietet sich als Zielsetzung von vornherein, denn es muss jedermann klar sein, dass, wenn es zum nuklearen Krieg käme, es weder Sieger noch Besiegte, sondern nur Verlierer auf beiden Seiten geben würde, ganz gleich, wieviel mehr die eine oder die andere Seite an nuklearem Zerstörungspotential aufgeboden hätte... Dieser Unterschied wird im Rüstungsverhalten jedoch nicht beachtet. Darüber wird einfach hinweggegangen. Es wird in der nuklearen Rüstung genauso gerüstet, nach dem Prinzip Krieg führen und gewinnen zu können, indem man möglichst viel und möglichst mehr hat als die andere Seite, wie in der konventionellen Rüstung.» Neben dieser Schwerpunktaussage enthält das Gespräch kritische Überlegungen zur Schlagkraft der Armeen des Warschauer Paktes, zur Aussenpolitik der BRD und zum Demokratieverständnis in der Bundeswehr mit ihren Traditionen und ihrem antikommunistischen Feindbild. Zum gleichen Thema enthält Heft 2/81 des «*kürbiskern*» eine Rede von Lord Louis Mountbatten über den Atomkrieg, die in der bürgerlichen Weltpresse unterschlagen wurde. Es folgt eine Umfrage bei einer Reihe von prominenten Schriftstellern der Bundesrepublik, die die Überschrift «Unfähig zum Frieden?» trägt.

Die zweimonatlich in Westberlin erscheinende linke Kulturzeitschrift «*alternative*» hat ihre Nummer 137 den frühen Schriften zur Kunst und Literatur des französischen Gelehrten und Marxisten Louis Althusser gewidmet, dessen persönliche Tragödie vor einigen Monaten in der Weltpresse Schlagzeilen machte.

Otto Böni